Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein
z. H. des Vorstandsvorsitzenden
Dr. med. Peter Potthoff
Tersteegenstraße 9
40474 Düsseldorf

06.02.2015

Stadt Langenfeld Rhld.
Rathaus
Konrad Adenauer Platz 1
40764 Langenfeld
Postfach 15 65
40740 Langenfeld

Herr Schneider
Mein Zeichen 230
Zimmer 152

Telefon 02173 · 794-1000
Fax 02173 · 794-9-1000
frank.schneider@langenfeld.de
www.langenfeld.de

Montag–Freitag 8:00–12:00 Uhr
Donnerstag 14:00–17:00 Uhr

Stadt-Sparkasse Langenfeld
Kto 200 022
BLZ 375 517 80
SWIFT-BIC WELADED1LAF
IBAN DE47375517800000200022

USt.-IdNr.: DE 121396773

Aus für den ärztlichen Notdienst?
Schritt zurück in die Steinzeit

Sehr geehrter Herr Dr. Potthoff,
sehr geehrte Damen und Herren

ein aktuelles und angesichts der zu befürchtenden Auswirkungen für zahlreiche Patienten vordringliches Thema auch im Kreis Mettmann ist die derzeit diskutierte und seitens der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein offenbar beabsichtigte Schließung von ärztlichen Notdienststellen bzw. Notfallpraxen. Massiv betroffen wäre von einer solchen Maßnahme und den Konsequenzen auch insbesondere der Südkreis mit den Städten Langenfeld, Monheim am Rhein und Hilden.

Daher wende ich mich heute nicht nur als Bürgermeister der Stadt Langenfeld Rhld. an Sie, sondern auch als Vorsitzender der Bürgermeisterkonferenz im Kreis Mettmann, da sich diesem Schreiben insbesondere die mitunterzeichnende Bürgermeisterin der Stadt Hilden, Frau Birgit Alkenings, sowie der mitunterzeichnende Bürgermeister der Stadt Monheim am Rhein, Herr Daniel Zimmermann, anschließen, in der Hoffnung und mit der dringlichen Bitte, von diesem Vorhaben im Interesse zahlreicher betroffener Bürgerinnen und Bürger Abstand zu nehmen.

Die offenbar seitens der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein am 11. Februar 2015 geplanten Beschlüsse in der Vertreterversammlung zur „Notdienstreform“ im Rahmen einer Reduzierung des Notdienstes werden auch in der Öffentlichkeit bereits heftig diskutiert.

Die Sorgen und Nöte der vielen Menschen, die aus meiner Sicht zu recht befürchten, außerhalb der Praxiszeiten und an Wochenenden künftig keine ausreichende und wohnortnahe ärztliche Versorgung mehr zu erhalten, sind unseres Erachtens mehr als berechtigt und sehr ernst zu nehmen.

Gleiches gilt auch für die offenbar vorgesehene Schließung der kinderärztlichen Notfallpraxen im Kreis Mettmann mit dem Ziel, dass die Eltern in Zukunft mit ihren Kindern eine Notfallpraxis in Wuppertal aufsuchen sollen. Dieses ist angesichts der Entfernungen und der Anreise mit kranken Kindern unzumutbar und in vielen Fällen nicht schnell genug.

Gerade auch im Interesse akut erkrankter Kinder dürfte dieses Ansinnen bei vielen Menschen deshalb auf größtes Unverständnis stoßen, zumal das vermeintliche Vorhaben der kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, für die Städte Wuppertal, Remscheid, Solingen und den gesamten Kreis Mettmann in Zukunft nur noch eine einzige zentrale kinderärztliche Notfallpraxis im Stadtgebiet Wuppertal vorzuhalten, in der Tat völlig unverständlich ist.

Hiermit würde letztendlich ein Verdrängungsmechanismus beflügelt zu Lasten der Patienten, Eltern und Kinder, die meist mit Erkrankung lange Wege und lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssten oder im schlimmsten Falle auch gar nicht mehr zu den besagten Zeiten bedarfsgerecht versorgt werden könnten.

Ein entsprechendes Schreiben der Kinder- und Jugendärzte des Südkreises Mettmann an die unterzeichnenden Bürgermeister/innen mit der Bitte um Unterstützung ist als ***Anlage*** beigefügt.

Im Falle des Wegfalles etwa der Notdienstpraxis in Langenfeld neben dem Richrather Krankenhaus St. Martinus müssten die Langenfelder und Monheimer Patienten auf die Notfallpraxis in Hilden ausweichen, was kaum zumutbar wäre. Die Monheimer Patienten müssten dann sogar nicht mehr bis nach Langenfeld, sondern sogar noch weiter bis nach Hilden. Mit dem gleichzeitigen Wegfall des zu bestimmten Zeiten diensthabenden Kinderarztes in der Notfallpraxis würden dann auch die beschriebenen Folgen für Eltern und deren kranke Kinder eintreten.

Auch ist nicht davon auszugehen, dass alle betroffenen Menschen über ein Auto bzw. eine Fahrgelegenheit verfügen und somit auch auf ÖPNV angewiesen wären. Neben den Kostenaspekten und Fragen evtl. fehlender ÖPNV-Anbindungen wären damit auch wieder – unter Umständen sogar erhebliche - zeitliche Verzögerung bis zu einer ärztlichen Behandlung verbunden.

Zum einen dürfte auch der Standort Hilden mit selbst etwa 55.000 Einwohnern mit der großen Anzahl der Patienten aus den beiden insgesamt nochmals rund 100.000 Einwohner großen Städten schnell an die Grenzen stoßen, so dass die Patienten vermutlich oftmals nicht mehr in angemessener Zeit behandelt werden könnten.

Neben den Wartezeiten in der verbleibenden Notfallpraxis spielt aber auch die Entfernung und Erreichbarkeit eine wichtige Rolle, was insbesondere für viele ältere Menschen sehr problematisch wäre. In Zeiten der notwendigen und wichtigen Diskussionen und Strategien zum demografischen Wandel wäre das Vorhaben auch vor diesem Hintergrund mehr als kontraproduktiv.

Nicht nur, dass die zunehmende Zahl älterer Menschen weniger mobil ist und eine wohnortnahe Versorgung immer wichtiger wird, auch wird der Bedarf an medizinischer Versorgung im Alter zunehmend steigen.

Praktisch würde es etwa in Langenfeld wahrscheinlich darauf hinauslaufen, dass zahlreiche Patienten die Notfall-Ambulanz des St. Martinus Krankenhauses aufsuchen, die im Übrigen nach der Schließung des Monheimer Krankenhauses bereits heute mit Kapazitätsgrenzen zu kämpfen hat. Die Notaufnahme würde somit noch mehr in Anspruch genommen, was letztendlich auch zu personellen Engpässen führen kann. Es sollte bedacht werden, dass die dort diensthabenden Ärzte auch auf den Stationen des Krankenhauses gefordert sind. Zu befürchten ist, dass viele Not- und Krankheitsfälle nur nach sehr langen Wartezeiten behandelt werden könnten.

Die Versorgungssicherheit und das Patienteninteresse sollten bei allen Überlegungen um eventuelle Einsparungen aber nie aus den Augen verloren werden! Zudem dürfte es sich im Hinblick auf die ärztlichen Leistungen weitestgehend um eine Umverteilung von Kosten handeln, wenn Patienten gezwungener Weise zwar anderswo und mit großem Aufwand hinsichtlich Anfahrt und Wartezeiten, aber dennoch behandelt werden müssten.

Im Gebiet des Kreises Mettmann werden zurzeit 4 Notfallpraxen für Erwachsene und 3 Notfallpraxen für Kinder betrieben, nämlich in Hilden, Langenfeld, Ratingen und Velbert. Hier wurden in den letzten Jahren tausende Behandlungen für Erwachsene und Kinder geleistet.

Es sollte allen an einem entsprechenden Entscheidungsprozess Beteiligten in der Vollversammlung der kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein am 11.02.2015 - oder auch an einem anderen Termin zu diesem Thema - bewusst sein, dass Wege und Wartezeiten der Patienten sowie berechtigte Sorgen auch der Eltern dazu führen würden, dass viele anstelle des Weges nach Hilden oder eben nach Wuppertal den Weg in die nächstgelegene Krankenhausambulanz suchen werden - mit den beschriebenen Konsequenzen.

Langen Warteschlangen und Wartezeiten sowie unter Umständen auch Behandlungsrisiken durch Überlastungen sind zu befürchtende und nicht hinnehmbare mögliche Folgen. Dieses kann durch den Einsatz niedergelassener Kassenärzte und kassenärztlicher Kinderärzte in der bewährten Form der Notfalldienste bzw. Notfallpraxen vermieden werden. Der Versorgungsauftrag der kassenärztlichen Vereinigung und das Patienten- und Kindeswohl sollten im Mittelpunkt der Überlegungen stehen, und eben nicht die Zerschlagung des ärztlichen Notdienstes und des kinderärztlichen Notfalldienstes.

Wir, die unterzeichnenden Bürgermeister/in möchten Sie und alle Entscheider/innen in der Vertreterversammlung der kassenärztlichen Vereinigung eindringlich bitten und auffordern, die zur Abstimmung vorgeschlagene Notdienstreform abzulehnen - im Interesse der Menschen in unseren Städten, die als behandlungsbedürftige Patienten und Kinder auf die notdienst- bzw. notfallärztliche Versorgung angewiesen sind.

Ein kurzfristig für die Unterzeichner angefragter persönlicher Gesprächstermin noch vor dem 11.02.2015 kam leider nicht zustande.

Wir möchten Sie bitten, dieses Schreiben auch der Vertreterversammlung noch vor der Beratung am 11.02.2015 vorzulegen.

Hochachtungsvoll

	Für die Stadt Hilden	Für die Stadt Monheim am Rhein
Frank Schneider Bürgermeister	Birgit Alkenings Bürgermeisterin	Daniel Zimmerman Bürgermeister